

## Datenreport 2008

Wie hoch sind die Ausgaben des Staates für die sozialen Sicherungssysteme? Wie groß ist das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in den Sozialstaat? Wie viel Geld haben die Haushalte in Deutschland zur Verfügung? Wo steht Deutschland im Vergleich zu anderen europäischen Ländern, wenn es um die Lebensqualität der Bürger geht?

Das Besondere am Datenreport 2008 ist, dass er Ergebnisse der amtlichen Statistik und der sozialwissenschaftlichen Forschung gemeinsam in Form eines umfassenden Sozialberichts für Deutschland präsentiert. Der Datenreport enthält insgesamt mehr als 40 Beiträge zu verschiedenen Aspekten der objektiven Lebensverhältnisse und des subjektiven Wohlbefindens der Bürger. Beteiligt an seiner Erstellung waren das Bundesamt für Statistik (Destatis), das Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB), die Gesellschaft sozialwissenschaftlicher Struktureinrichtungen (GESIS) und die Bundeszentrale für politische Bildung (bpb).

Detailliert untersucht werden unter anderem: die Entwicklung der sozialen Sicherung der Menschen und ihre subjektiven Einstellungen zum Sozialstaat und zur Sozialpolitik, die Entwicklung und Verteilung der Einkommen, die Zufriedenheit der Menschen mit verschiedenen Lebensbereichen (Haushaltseinkommen, Gesundheit, Demokratie), die soziale Schichtung und soziale Lagen sowie die politische und soziale Partizipation und Integration.

Der Datenreport 2008 steht im Internet unter  
[www.destatis.de](http://www.destatis.de) → *Publikationen* → *Querschnitt* → *Datenreport 2008*

## Tarifbindung

Die Tarifbindung sinkt zumindest in Westdeutschland weiter, zeigt eine aktuelle Studie des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB). Zu den Austritten aus den Arbeitgeberverbänden kommt die abnehmende Neigung neuer Betriebe,

sich an Tarifverträge zu binden. Während 1996 in der westdeutschen Privatwirtschaft noch 66% der Beschäftigten von einem Flächentarifvertrag erfasst wurden, waren es 2007 lediglich 52%. In Ostdeutschland ging ihr Anteil von 48% auf 33% zurück. Die Erosion der Flächentarifverträge sei zumindest im Westen bislang nicht gestoppt, so das IAB. In Ostdeutschland würden die Zahlen der letzten Jahre dagegen eher auf eine Stabilisierung hindeuten – allerdings auf erheblich niedrigerem Niveau.

Betrachtet man statt den von Tarifverträgen erfassten Beschäftigten die Anteile der tarifgebundenen Betriebe, sind die Zahlen niedriger, weil mittlere und große Betriebe häufiger der Tarifbindung unterliegen als Kleinbetriebe. Im Westen sind 33%, im Osten 19% der Betriebe in der Privatwirtschaft tarifgebunden. Bei den neu gegründeten Betrieben sind es im Westen lediglich 20%, im Osten sogar nur 14%. Da die Neugründungen seltener der Tarifbindung unterliegen als die geschlossenen Betriebe und auch längerfristig ohne Tarifbindung bleiben, führt die Dynamik der Betriebslandschaft zu einer sinkenden Tarifbindung. Der Effekt ist durchaus bedeutsam, da innerhalb von vier Jahren ein Drittel des Bestandes der rund zwei Millionen Betriebe mit sozialversicherungspflichtig Beschäftigten ausgetauscht wird.

Die IAB-Studie steht im Internet unter  
<http://doku.iab.de/kurzber/2008/kb1608.pdf>

## Arbeitswelt im Wandel

Rund 45% der Bevölkerung in Deutschland war 2006 erwerbstätig. Durch Arbeitsunfähigkeit verlor die deutsche Volkswirtschaft etwa 65 Milliarden Euro an Bruttowertschöpfung. 941 Beschäftigte erlitten 2006 einen tödlichen Arbeitsunfall. Dies sind nur einige Zahlen aus der Broschüre „Arbeitswelt im Wandel“, die die Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin (BAuA) jetzt herausgegeben hat.

Neben Basisdaten wie zur Erwerbstätigkeit, dem Unfallgeschehen oder den Arbeitsbedingungen in Deutschland widmet sich „Arbeitswelt im Wandel“ auch Trends und stellt neue Entwicklungen vor. So präsentiert die Ausgabe 2008 Fakten zum demografischen Wandel und zu den Arbeitsbedingungen in der Zeitarbeit.

Die kostenlose Broschüre „Arbeitswelt im Wandel – Ausgabe 2008“ steht im Internet unter  
[www.baua.de/de/Publikationen/Broschueren/A59.html](http://www.baua.de/de/Publikationen/Broschueren/A59.html)

## Deutscher Arbeitsschutzpreis 2009

Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS), der Länderausschuss für Arbeitsschutz und Sicherheitstechnik (LASI) und die Deutsche Gesetzliche Unfallversicherung (DGUV) haben gemeinsam den Wettbewerb zum Deutschen Arbeitsschutzpreis 2009 ausgerufen. Die Wettbewerbspartner prämieren Unternehmen, die sich durch innovative Produkte oder Prozesse in besonderer Weise für Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz engagieren. Der Wettbewerb ist mit Preisgeldern in Höhe von insgesamt 40.000 Euro dotiert.

Mit dem Deutschen Arbeitsschutzpreis 2009 (Einsendeschluss 28. Februar 2009) sollen besonders wirksame und innovative Arbeitsschutzmaßnahmen bekannt gemacht und als gute Beispiele herausgestellt werden. Der Arbeitsschutzpreis ist Teil der Gemeinsamen Deutschen Arbeitsschutzstrategie (GDA) von Bund, Ländern und Unfallversicherungsträgern. Für den Zeitraum 2008 bis 2012 haben sich die Träger der GDA zum Ziel gesetzt, die Zahl und Schwere von Arbeitsunfällen in den Betrieben zu verringern, Muskel-Skeletterkrankungen zu reduzieren und Hauterkrankungen zu vermeiden.

Weitere Informationen stehen im Internet unter  
[www.dguv.de/arbeitsschutzpreis](http://www.dguv.de/arbeitsschutzpreis)

## Neueinstellungen

Das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) hat errechnet, dass 43% der im Jahr 2006 abgeschlossenen Arbeitsverträge befristet waren. Im Jahr 2001 lag der Anteil der Befristungen dagegen erst bei 32%. Im öffentlichen Dienst sind sogar zwei Drittel der neuen Arbeitsverträge befristet. Auch in den Branchen Gesundheit/Sozialwesen und Erziehung/Unterricht sowie bei den Nonprofit-Organisationen könnten Befristungen heute schon als das „Normaleinstellungsverhältnis“ bezeichnet werden.

Lediglich ein Viertel aller befürsteten Verträge in der öffentlichen Verwaltung mündet in einer Übernahme. Im produzierenden Gewerbe hingegen werden fast zwei Drittel übernommen. Befristungen hätten dabei häufig den Charakter verlängerter Probezeiten. Im Bereich der öffentlichen Verwaltung seien dagegen die Sparbemühungen der öffentlichen Hand maßgeblich. Da im öffentlichen Dienst für unbefristet Beschäftigte de facto Unkündbarkeit herrsche, komme hier als Instrument der Flexibilisierung nur die Befristung in Frage.

## Unternehmensgründungen von Migrantinnen

Immer mehr Frauen nicht-deutscher Herkunft machen sich selbstständig. Jede zehnte Gründerin hat eine ausländische Staatsangehörigkeit – mit steigender Tendenz. Experten sehen diese Entwicklung als doppelte Chance: Unternehmensgründungen von Migrantinnen sind ein wichtiger Teil des Strukturwandels und können in besonderem Maße zur Integration der Frauen und ihrer Familien beitragen. Deshalb stärkt das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) mit dem Projekt „Migrantinnen gründen Unternehmen“ die Bereitschaft zur Selbstständigkeit von Frauen mit Migrationshintergrund und will diese bei ihren Unternehmensplänen optimal unterstützen.

Das Projekt untersucht seit 2006 förderliche und hinderliche Faktoren der Unternehmensgründung von Frauen mit Migrationshintergrund. Dabei hat sich gezeigt, dass nicht-deutsche Frauen mit Gründungsambitionen oft von sozialen, kulturellen und finanziellen Barrieren auf ihrem Weg in die Selbstständigkeit behindert werden. Die Abweichung von dem Bild des „Normalunternehmers“, der männlich, deutscher Herkunft und gut ausgebildet ist und mit ausreichend Startkapital einer schnellen Unternehmensexplansion entgegenstrebt, wird in der deutschen Gründungsberatung allzu oft nicht als Chance sondern als Hindernis gesehen. Diesen Barrieren möchte das Projekt mit fundierten Erkenntnissen entgegenwirken.

Weitere Informationen stehen im Internet unter  
[www.migrantinnen-gruenden.de](http://www.migrantinnen-gruenden.de)

## Kreativität und Gesundheit im Arbeitsprozess

Die Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin (BAuA) hat die Quartiersbroschüre „Create Health! Arbeit kreativ, gesund und erfolgreich gestalten“ veröffentlicht. Sie enthält die aufbereiteten Forschungsergebnisse des Projektes „Kreativität und Gesundheit im Arbeitsprozess – Bedingungen für eine kreativitätsförderliche Arbeitsgestaltung im Wirtschaftsleben“.

Das von der TU München, Lehrstuhl für Psychologie, durchgeführte Projekt identifizierte gestaltungsrelevante Merkmale der Arbeit, die in vielen arbeits- und organisationspsychologischen Konzepten im Mittelpunkt stehen. Dazu zählen Autonomie und Anforderungsvielfalt wie unterstützende Bedingungen in den Strukturen und Prozessen der Organisation und Führung.

Die Broschüre geht auf die wesentlichen Aspekte des so genannten kreativen Dreiklangs vor, bei dem sich die Ebenen bezüglich der Person, der Arbeitsaufgabe und der Orga-

nisation miteinander verzahnen. Auf der persönlichen Ebene kann der Beschäftigte seine individuellen Voraussetzungen und Kompetenzen einbringen. Auf der Ebene der Arbeitsaufgabe schaffen Arbeitsplatzmerkmale beziehungsweise die konkreten Bedingungen am Arbeitsplatz Raum für Kreativität. Letztlich bestimmt der Organisationsrahmen die strukturellen und kulturellen Bedingungen im Unternehmen.

Die Broschüre steht im Internet unter  
[www.baua.de/de/Publikationen/Broschueren/A61.html](http://www.baua.de/de/Publikationen/Broschueren/A61.html)

## IdA – Integration durch Austausch

Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales startet mit „IdA – Integration durch Austausch“ ein neues Programm, um die Beschäftigungschancen benachteiligter Zielgruppen am Arbeitsmarkt zu verbessern. Im Blickpunkt stehen Jugendliche, arbeitslose junge Erwachsene und junge Alleinerziehende. Durch europäische Austauschprojekte sollen sie die Möglichkeit erhalten, berufspraktische Erfahrungen im EU-Ausland zu sammeln, Fremdsprachenkenntnisse zu verbessern und soziale wie berufliche Kompetenzen zu erweitern. Dadurch erhöhen sich die Chancen, auf dem heimischen Arbeitsmarkt wieder Fuß zu fassen.

Für die erste IdA-Programmphase stellt das Bundesministerium für Arbeit und Soziales rund 70 Millionen Euro aus dem Europäischen Sozialfonds sowie 15 Millionen Euro aus Haushaltssmitteln zur Verfügung. Zur Umsetzung des Programms sucht das BMAS jetzt Projektverbünde auf lokaler bzw. regionaler Ebene mit zwei und höchstens vier Partnern.

Weitere Informationen stehen im Internet unter  
[www.esf.de](http://www.esf.de)

# TRENDS & FACTS

## Gesundheitliche Folgen von Gewalt

Gewalt ist eines der weltweit größten Gesundheitsrisiken für Frauen und Kinder. In Deutschland ist Studien zufolge mehr als jede dritte Frau im Laufe ihres Erwachsenenlebens mit sexuellen oder körperlichen Übergriffen unterschiedlichen Schweregrades konfrontiert worden. „Gesundheitliche Folgen von Gewalt unter besonderer Berücksichtigung von häuslicher Gewalt gegen Frauen“ ist Thema und Titel des neuen Heftes der Gesundheitsberichterstattung (GBE).

Das GBE-Heft gibt auf knapp 60 Seiten einen Überblick zu betroffenen Gruppen, gesundheitlichen Folgen, Folgekosten, Interventions- und Präventionsmöglichkeiten, Erreichtem, Forschungs- und Handlungsbedarf sowie Informationsquellen. Bei Gewalt gegen Kinder und gegen pflegebedürftige Personen ist zudem der Begriff der Vernachlässigung relevant.

Das 42. GBE-Heft „Gesundheitliche Folgen von Gewalt“ steht im Internet unter [www.rki.de](http://www.rki.de) → Gesundheitsberichterstattung und Epidemiologie → Gesundheitsberichte

## Beratungsserver für Essstörungen

Seit 1998 gibt es ab-server.de, ein besonderes Angebot für Patienten mit Essstörungen. Die Abkürzung „ab“ steht dabei für die Anfangsbuchstaben der beiden wichtigsten Essstörungen: Anorexia nervosa (Magersucht) und Bulimia nervosa (Bulimie). Ein professionelles Team aus erfahrenen Psychotherapeuten berät Betroffene und deren Angehörige aber auch bei Binge Eating Disorder (Ess-Sucht)- online und kostenfrei. Jährlich werden ca. 1.000 Betroffene bei Magersucht und Bulimie mit Hilfe des Internetangebots der Deutschen Forschungsinitiative Essstörungen e.V. und der Medizinischen Fakultät der Universität Leipzig beraten.

Fachtexte klären beispielsweise darüber auf, welchen Einfluss die Familie auf das eigene Essverhalten hat, warum sich Essstörungen entwickeln, welche Gesundheitsschäden aus Essstörungen resultieren können, ob Bulimie medikamentös behandelt werden kann. Neben Adressdatenbanken finden sich auf dem ab-server.de 200 Foren und Chat-Rooms in denen täglich ca. 1.000 neue Beiträge geschrieben werden.

Weitere Informationen stehen im Internet unter [www.ab-server.de](http://www.ab-server.de)

## Nahrungsergänzungsmittel

Welche Informationen über Nahrungsergänzungsmittel benötigen Verbraucher? Mit einem Forschungsprojekt am Bundesinstitut für Risikobewertung (BfR) werden Kommunikationskonzepte für verschiedene Zielgruppen entwickelt. Das Bundesinstitut für Risikobewertung führt hierzu eine Studie unter dem Titel „Zielgruppengerechte Risikokommunikation zum Thema Nahrungsergänzungsmittel“ durch, die bis Februar 2010 läuft und sich in vier Phasen gliedert. Projektpartner des BfR sind das Katalyse Institut für angewandte Umweltforschung Köln, die GfK Health Care Nürnberg, die Deutsche Sporthochschule Köln und das Süddeutsche Institut für empirische Sozialforschung (sine) e.V. München.

## AOK Fehlzeiten-Report 2008

In der zehnten Ausgabe des Fehlzeiten-Reports wird deutlich: Durch betriebliche Gesundheitsförderung können nicht nur krankheitsbedingte Ausfallzeiten reduziert, sondern auch die Produktivität und die Kundenzufriedenheit erhöht werden. So macht eine im Fehlzeiten-Report 2008 vorgestellte Befragung von 200 Unternehmen deutlich, dass durch betriebliches Gesundheitsmanagement die Kooperation der Belegschaft

im Betrieb verbessert, Organisations- und Arbeitsabläufe optimiert und die Belastungen für die Arbeitnehmer abgebaut werden können.

Kurzberichte stehen im Internet unter [www.wido.de](http://www.wido.de)

## Arzneimitteltherapiesicherheit in Schwangerschaft und Stillzeit

Die Anwendung von Arzneimitteln noch sicherer zu machen, ist eine Aufgabe, die sich das Bundesministerium für Gesundheit mit dem Aktionsplan zur Verbesserung der Arzneimitteltherapiesicherheit 2008/2009 gestellt hat. Als eine Maßnahme des Aktionsplanes ist jetzt die Datenbank „Arzneimitteltherapiesicherheit in Schwangerschaft und Stillzeit“ frei geschaltet worden.

Das neue Informations- und Beratungsangebot hat hohe präventivmedizinische Bedeutung. In dem frei zugänglichen Online-Informationsangebot können sich Ärztinnen und Ärzte, Pharmazeutinnen und Pharmazeuten, aber auch Laien in leicht verständlicher Form über den aktuellen wissenschaftlichen Erkenntnisstand zur Wirkung und zu Risiken von bis zu 400 Medikamenten während Schwangerschaft und Stillzeit informieren. Die Datenbank wurde durch das Pharmakovigilanz- und Beratungszentrum für Embryonaltoxikologie zusammen mit dem Labor für Online-Learning der Technischen Fachhochschule in Berlin erstellt.

Weitere Informationen im Internet unter [www.arzneimittel-in-der-schwangerschaft.de](http://www.arzneimittel-in-der-schwangerschaft.de)

## Antibiotika-Resistenzatlas „GERMAP 2008“

Zahlreiche bakterielle Krankheitserreger wie *Staphylococcus aureus*, *Escherichia coli* und Enterokokken

sind unempfindlicher gegen Antibiotika geworden, so dass die durch sie ausgelösten Krankheiten bei Menschen wie Tieren immer schwieriger zu behandeln sind. Mit dem vom Bundesamts für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit, der Paul-Ehrlich-Gesellschaft für Chemotherapie und der Infektiologie am Universitätsklinikum Freiburg vorgelegten Antibiotika-Resistenz und -Verbrauchsatlas stehen erstmals für Deutschland in einer Zusammenfassung Informationen zur Resistenzhäufigkeit bakterieller Erreger und zum Verbrauch von Antibiotika in der Human- und Veterinärmedizin zur Verfügung.

Der Antibiotika-Resistenzatlas „GERMAP 2008“ stellt auf rund 160 Seiten Daten zu zahlreichen relevanten Infektionserregern und zum Verbrauch von Antibiotika in der Human- und Veterinärmedizin dar. Die zusammengeführten Daten stammen aus unterschiedlichen Monitoringprogrammen, Einzelprojekten, Krankenhäusern und aus dem ambulanten Bereich.

Der Antibiotika-Resistenzatlas 2008 steht im Internet unter [www.bvl.bund.de/germap2008](http://www.bvl.bund.de/germap2008)

## Deutscher Präventionspreis 2009

Die gesundheitliche Förderung von Grundschulkindern ist das Thema des mit insgesamt 100.000 Euro dotierten Deutschen Präventionspreises 2009. Der Deutsche Präventionspreis wird in diesem Jahr zum sechsten Mal ausgeschrieben. Die Frist für die Online-Bewerbung läuft vom 1. Dezember 2008 bis zum 29. Januar 2009. Von einer unabhängigen Fachjury ausgewählte Wettbewerbsbeiträge werden im Juni 2009 bei der Preisverleihung in Berlin prämiert.

Das Bundesministerium für Gesundheit, die Manfred Lautenslager Stiftung und die Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung zeichnen Grundschulen aus, die die körperliche, seelische und soziale

Entwicklung ihrer Schülerinnen und Schüler fördern. Der Deutsche Präventionspreis 2009 wird vergeben an Grundschulen, denen es gelingt, Bewegungsförderung, gesunde Ernährung und psychosoziale Gesundheit nachhaltig in ihrem Schulalltag zu berücksichtigen. Ein besonderes Augenmerk liegt dabei auf der Verbesserung der Gesundheitschancen von Kindern aus sozial benachteiligten Familien.

Alle Informationen zum Deutschen Präventionspreis und zur Bewerbung stehen unter  
[www.deutscher-praeventionspreis.de](http://www.deutscher-praeventionspreis.de)

## Drogenkonsum

Nach den neuesten Zahlen der repräsentativerhebung „Drogenaffinität Jugendlicher in der Bundesrepublik Deutschland“ der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA) unter jungen Menschen im Alter von 12-25 Jahren ist der Raucheranteil bei den Minderjährigen auf den niedrigsten Stand seit 1979 gesunken. Auch der Cannabiskonsum ist seit 2004 rückläufig. Der problematische Alkoholkonsum, insbesondere das exzessive Rauschtrinken, ist noch immer stark verbreitet.

Seit 2001 ist der Anteil rauchender Jugendlicher von 28% auf 15% (2008) zurückgegangen. Die Zahl der „Nieraucher“ ist von 2004 bis 2008 von 40 auf 60% angestiegen.

Alkohol ist bei den Heranwachsenden das am weitesten verbreitete Suchtmittel. Bei den 12 bis 17-Jährigen tranken 2008 noch 17,4% regelmäßig Alkohol, 2004 waren es 21%. Obwohl der größte Teil der 12- bis 17-Jährigen nach dem Jugendschutzgesetz eigentlich gar keinen Alkohol trinken durfte, tranken im Jahr 2008 etwa 20% von ihnen im vergangenen Monat mindestens bei einer Gelegenheit 5 oder sogar mehr Gläser Alkohol. Dieser Trend zum exzessiven Trinken, das sog. „Binge Drinking“, ist weiterhin ungebrochen. 2004 lag der Anteil der exzessiv trinkenden Jugendlichen bei 23%.

Nach vielen Jahren des Anstiegs ist der Cannabiskonsum zwischen 2004

und 2008 rückläufig. Gaben im Jahr 2004 31% der 12- bis 25-Jährigen an, schon einmal im Leben Cannabis konsumiert zu haben, sind es 2008 noch 28%. Bei den 12- bis 17-Jährigen ging im gleichen Zeitraum der Anteil von 15% auf knapp 10% zurück. Der Anteil junger Menschen mit regelmäßIGem Cannabiskonsum liegt bei 1,1% der Minderjährigen und 2,3% der 12- bis 25-Jährigen.

Die Ergebnisse zur „Drogenaffinität Jugendlicher in der Bundesrepublik Deutschland 2008“ der BZgA stehen im Internet unter [www.bzga.de](http://www.bzga.de) → Forschung.

## Wie leben Männer in Deutschland?

Das Statistische Bundesamt hat Daten zur Lebenslage zusammengestellt: 2007 lebten bundesweit 40 Millionen Jungen und Männer in Privathaushalten. Davon waren 11,0 Millionen ledige Söhne, die im elterlichen Haushalt wohnten. Von den 29 Millionen Männern waren knapp zwei Drittel (64%) Ehemänner, 26% Alleinstehende, 9% Partner in einer Lebensgemeinschaft und knapp 1% alleinerziehende Väter. Das zeigen die aktuellen Ergebnisse des Mikrozensus, der größten jährlichen Haushaltsbefragung in Europa.

Ehemänner waren 2007 im Durchschnitt 54,9 Jahre alt und somit rund zwei Jahre älter als alleinerziehende Väter mit einem durchschnittlichen Alter von 52,6 Jahren. Alleinstehende Männer hatten ein Durchschnittsalter von 45,8 Jahren. Mit 40,4 Jahren gut fünf Jahre jünger waren Lebenspartner.

Sechs von zehn Männern (60%) gaben an, ihren Lebensunterhalt überwiegend durch Erwerbs- oder Berufstätigkeit zu finanzieren. Rund drei von zehn Männern (29%) bestritten ihren überwiegenden Lebensunterhalt durch Rente oder Pension. Etwa jeder zehnte Mann (11%) hatte andere Quellen des überwiegenden Lebensunterhalts, zum Beispiel Arbeitslosengeld, Leistungen durch Hartz IV, Unterhalt durch Angehörige oder das eigene Vermögen.

## Gender-Equality Index

Wo ist die Gleichstellung der Geschlechter relativ weit fortgeschritten, welche Regionen haben Nachholbedarf? In Schweden gibt ein Blick auf das statistische Zentralamt schon lange die Antwort. Seit heute hat auch Deutschland eine Landkarte zur Chancengleichheit. Ein neues Web-Portal liefert Zahlen und Grafiken, die für jeden deutschen Landkreis und jede kreisfreie Stadt zeigen, wo Frauen und Männer bei den Schlüsselthemen Beruf, Ausbildung und politische Partizipation stehen. Das neue Angebot hat die Hans-Böckler-Stiftung in Kooperation mit dem Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR) aufgebaut.

Kernstück des neuen Gender-Indexes ist eine Deutschlandkarte, über die sich mit wenigen Klicks für jeden Kreis und jede kreisfreie Stadt ermitteln lässt, ob die Berufs- und Bildungs-Situation von Frauen und Männern ähnlich ist, oder nicht. In Schweden hat man sehr gute Erfahrungen mit dieser Form der Transparenz gemacht. Für Kommunen, die einen guten Index-Wert erreichen, ist das ein Standortvorteil. Für die, die schlechter dastehen, ein Warnsignal und eine Hilfestellung. Diese Funktion soll der Index nun auch in der Bundesrepublik übernehmen.

Stark vereinfacht, lassen sich auf Basis des Indexes derzeit zwei zentrale Aussagen zu regionalen Ausprägungen treffen: In ostdeutschen Regionen sind Frauen und Männer im Durchschnitt stärker gleichgestellt. Sie finden oft ein gut ausgebautes Angebot an Kinderbetreuungseinrichtungen vor. In den westdeutschen Großstädten sind Frauen und Männer stärker gleichgestellt als im übrigen Gebiet Westdeutschlands.

Weitere Informationen stehen im Internet unter [www.gender-index.de](http://www.gender-index.de)

## Generationendialog in der Praxis

Die Bundesregierung startet gemeinsam mit dem Rat für Nachhaltige Entwicklung einen neuen Wettbewerb, mit dem sie bürgerliches Engagement für eine nachhaltige Entwicklung auszeichnet. Mit dem Preis „Generationendialog in der Praxis – Bürger initiieren Nachhaltigkeit“ möchten die Bundesregierung und der Nachhaltigkeitsrat hervorragende zivilgesellschaftliche Initiativen honорieren. Der mit insgesamt 100.000 Euro dotierte Wettbewerb steht für eine neue Kultur der Anerkennung.

Zur Teilnahme aufgerufen sind zivilgesellschaftliche Akteure, die in ihrer Stadt, Kommune oder Region neue Anstöße für eine nachhaltige Entwicklung geben. Das besondere Augenmerk liegt auf Projekten, die den Zusammenhalt zwischen den Generationen stärken. Bis zu 50 wegweisende Projekte werden prämiert. Die Bewerbungsfrist läuft bis zum 15. März 2009.

Die Wettbewerbsunterlagen sowie die Teilnahmebedingungen stehen im Internet unter [www.nachhaltigkeitsrat.de](http://www.nachhaltigkeitsrat.de)

## Europäisches Schulobstprogramm

Mit dem Schulobstprogramm werden beginnend mit dem Schuljahr 2009/2010 jährlich 90 Millionen Euro für die Verteilung von Obst und Gemüse in Kindergärten und Schulen zur Verfügung stehen. Dabei beträgt die Gemeinschaftsbeihilfe 50% der Kosten für die Produkte sowie für Logistik, Verteilung und Kommunikation. Neben öffentlichen Mitteln können auch Mittel der Wirtschaft und Elternbeiträge eingesetzt werden. Wie das Programm in Deutschland konkret umgesetzt werden kann, wird in den nächsten Monaten Gegenstand von Beratungen zwischen Bund und Ländern unter Einbeziehung der relevanten Akteure sein.

## Lebensqualität in Europa

Die von der EU finanzierte Europäische Stiftung für die Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen Eurofound in Dublin hat bei einer Befragung von 30.000 Bürgern Gesundheit und familiäre Kontakte als die wichtigsten Faktoren für die Lebenszufriedenheit der Europäer identifiziert. Die glücklichsten Europäer leben demnach in Dänemark und Schweden. Zusammen mit den Bürgern Sloweniens liegen die Deutschen in Sachen Lebenszufriedenheit genau im Mittelfeld. Die unglücklichsten Europäer sind in Bulgarien und Mazedonien zu finden.

Eine Kurzzusammenfassung der EQLS-Studie steht in englischer Sprache unter [www.eurofound.europa.eu/pubs/docs/2008/52/en/1/EF0852EN.pdf](http://www.eurofound.europa.eu/pubs/docs/2008/52/en/1/EF0852EN.pdf)

## Seltene Krankheiten

Die EU-Kommission will seltene Krankheiten stärker bekämpfen. Das sieht eine umfassende Gemeinschaftsstrategie vor, die die Mitgliedstaaten bei der Diagnose, Behandlung und Versorgung von seltenen Krankheiten unterstützen soll. Derzeit leiden etwa 36 Millionen EU-Bürger an seltenen Krankheiten.

Eine seltene Krankheit betrifft definitionsgemäß weniger als fünf von zehntausend Menschen. Es gibt etwa 5.000 bis 8.000 solcher Erkrankungen. Sie haben meist genetischen Ursprung, umfassen aber auch seltene Krebserkrankungen, Autoimmunerkrankungen und angeborene Missbildungen. Europäische Zusammenarbeit wird dazu beitragen, die derzeit über die ganze EU verteilten knappen Ressourcen für seltene Krankheiten zu bündeln. Mittels europäischer Maßnahmen können Patienten und Gesundheitsberufe in allen Mitgliedstaaten Erkenntnisse und Informationen austauschen. Dies geschieht beispielsweise durch die Vernetzung von Fachzentren in verschiedenen Ländern und durch die Nutzung neuer Informations- und Kommuni-

kationstechnologien (Gesundheitstematik).

Weitere Informationen stehen im Internet unter  
[http://ec.europa.eu/health/ph\\_threats/non\\_com/rare\\_diseases\\_de.htm](http://ec.europa.eu/health/ph_threats/non_com/rare_diseases_de.htm)

## Aufstiegsstipendien

Über 2.700 berufserfahrene Frauen und Männer haben sich in der ersten Auswahlrunde um ein Aufstiegsstipendium des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) beworben. Bis Ende 2009 ist zunächst die Aufnahme von 1.000 Stipendiatinnen und Stipendiaten geplant. Aufgrund der großen Nachfrage prüft die Bundesregierung derzeit die Möglichkeit einer Aufstockung des Programms. Das Programm „Aufstiegsstipendium“ ist ein Kernelement der Qualifizierungsinitiative der Bundesregierung „Aufstieg durch Bildung“. Es richtet sich insbesondere an diejenigen, die die Möglichkeit des Hochschulzugangs durch die Ausbildung, Fortbildung oder Berufspraxis erworben haben.

Für die erste Auswahlrunde der BMBF-Aufstiegsstipendien werden Anfang Dezember 2008 die ersten Stipendiatinnen und Stipendiaten feststehen. Für Studierende im Vollzeitstudium beträgt das Stipendium 650 Euro sowie 80 Euro Büchergeld im Monat. Zusätzlich wird eine Kinderbetreuungspauschale (113 Euro für das 1. Kind, jeweils 85 Euro für jedes weitere) gewährt. Die Stipendien müssen nicht zurück gezahlt werden. Stipendiatinnen und Stipendiaten, die in einem berufsbegleitenden Studiengang studieren, erhalten jährlich 1.700 Euro für Maßnahmekosten.

Weitere Informationen stehen im Internet unter  
[www.aufstieg-durch-bildung.info/de/535.php](http://www.aufstieg-durch-bildung.info/de/535.php) und [www.begabtenfoerderung.de/Aufstiegsstipendium.194.0.html](http://www.begabtenfoerderung.de/Aufstiegsstipendium.194.0.html)

## Studieren in Europa

Die neue Webseite „Study in Europe“ soll Studierenden aus allen Teilen der Welt die Attraktivität des euro-

päischen Hochschulwesens sichtbar machen. Das Portal ist Teil einer umfassenden Kampagne, um die Zahl der nichteuropäischen Studierenden in der EU zu steigern. Die Webseite enthält präzise, aktuelle Informationen über das Studienangebot an den Hochschulen in über 32 europäischen Ländern, über Zulassungsverfahren, Kosten, Stipendien und die jeweiligen Lebens- und Studienbedingungen.

Damit sich die europäischen Universitäten und sonstigen Hochschuleinrichtungen international wirksamer vermarkten können, hat die Europäische Kommission im Rahmen von „Study in Europe“ auch einen Kommunikationsleitfaden entwickelt. Dieses „Communication Toolkit“ ist kostenlos und gibt unter anderem Hilfestellung bei der Formulierung von Schlüsselbotschaften, der Entwicklung von Marketing- und Medienstrategien, der Nutzung von Kontakten zu Ehemaligen (Alumni) und der Präsentation auf Hochschulmessen.

Weitere Informationen stehen im Internet unter  
[www.study-in-europe.org](http://www.study-in-europe.org)

Das Communication Toolkit steht in englischer Sprache im Internet unter  
[http://ec.europa.eu/education/programmes/mundus/doc/toolkit\\_en.pdf](http://ec.europa.eu/education/programmes/mundus/doc/toolkit_en.pdf)

## Wer bekommt Geld von der EU?

Eine neue Webseite gibt erstmals freien Zugriff auf Informationen über die Empfänger von EU-Finanzmitteln. Die Webseite „Finanztransparenzsystem“ (FTS) betrifft die von der EU-Kommission und den Exekutivagenturen direkt verwalteten Mittel. Dank der integrierten Suchmaske kann der Benutzer Einzelheiten zu den Empfängern von Finanzhilfen und zu einzelnen Politikbereichen leichter analysieren und vergleichen. Die Webseite enthält etwa 28.000 Einträge zu den von der EU-Kommission direkt verwalteten Programmen in den Bereichen Forschung, Bildung, Energie und Verkehr sowie zu verschiedenen

Aspekten der Hilfe für Drittländer. Die Suchmaschine gehört zu den tragenden Säulen der weiter gefassten Europäischen Transparenzinitiative der EU-Kommission.

Die neu eingerichtete Webseite basiert auf Rechnungsführungsdaten und vermittelt einen konsolidierten Überblick über das vorangegangene Haushaltsjahr. Die ersten verfügbaren Daten beziehen sich auf das Haushaltsjahr 2007. 2009 werden die Empfänger des Jahres 2008 veröffentlicht und ab 2010 werden auch Angaben zu den Beschaffungsverträgen, die aus den Verwaltungsmitteln der EU-Kommission finanziert werden, verfügbar sein.

Weitere Informationen stehen im Internet unter  
[http://ec.europa.eu/grants/search/index\\_de.htm](http://ec.europa.eu/grants/search/index_de.htm)

## Alternativer Weltgesundheitsbericht

Rund 70 Nicht-Regierungsorganisationen, darunter das Hilfswerk „medico international“, haben sich zum Netzwerk „Global Health Watch“ zusammengeschlossen. Sie fordern einen radikalen Kurswechsel in der globalen Gesundheitspolitik im jetzt veröffentlichten „Alternativen Weltgesundheitsbericht“.

Es wird beklagt, dass weiterhin mehrere 100 Millionen Menschen keinen Zugang zu medizinischer Versorgung haben, obwohl die hierfür zur Verfügung stehenden Finanzmittel gestiegen seien. Laut Weltbank sind die Entwicklungsausgaben für Gesundheit zwischen 1990 und 2005 von 2,5 auf 14 Milliarden US-Dollar gestiegen. Nach Ansicht des Netzwerkes werden sie aber nicht effizient eingesetzt. Es fehlt an Kooperation zwischen den Gebern, den vielen Akteuren und auch den weltweiten Gesundheitsinstitutionen.

Der Bericht „Global Health Watch 2“ steht in englischer Sprache im Internet unter  
[www.ghwatch.org/ghw2/ghw2\\_report.php](http://www.ghwatch.org/ghw2/ghw2_report.php)